



Resolute Support: Der politische Prozess hat Priorität

Die derzeitige Situation in Afghanistan steht stark unter dem Eindruck eines möglichen verfrühten Abzugs des NATO-Bündnispartners USA und dessen parallel stattfindenden Verhandlungen mit den Taliban, welche bisher die afghanische Regierung nicht einschließen. Die deutsche Beteiligung an der *Resolute Support Mission* sollte fortgeführt werden und deren Beendigung an konkrete Benchmarks geknüpft werden. Zugleich rückt die aktive Unterstützung des politischen Friedensprozesses und der gewählten afghanischen Regierung an erste Stelle. Dieser ist unabdingbar, um Errungenschaften, wie aufgebaute staatliche Institutionen und die Verbesserung des Zugangs zu Bildung und Gesundheitsversorgung, insbesondere auch für Frauen und Kinder, zu erhalten.

Hintergrund

Die *Resolute Support Mission* (RSM) ist ein NATO-geführter Einsatz zur Ausbildung, Unterstützung und Beratung der afghanischen Sicherheitskräfte, um diese in die Lage zu versetzen, selbständig die Sicherheitsverantwortung für ihr Land zu übernehmen. Die Mission löste am 1. Januar 2015 die *International Security Assistance Force* (ISAF) ab. Grundlage für die Zusammenarbeit zwischen der NATO und Afghanistan ist das Partnerschaftsabkommen „[Enduring Partnership](#)“ aus dem Jahr 2010, das die langfristige Zusammenarbeit zum Ziel hat. Der NATO-Einsatz erfolgt im Rahmen der Implementierung der Beschlüsse der NATO-Gipfel in Chicago im Mai 2012 und in Newport im September 2014. Am 2. Dezember 2014 beschloss die NATO die RSM, gestützt durch die einstimmig vom UN-Sicherheitsrat verabschiedete [Resolution 2189](#). Beim NATO-Gipfel in Brüssel im Juli 2018 entschieden sich die Mitgliedsstaaten zur Aufrechterhaltung der Mission bis die Rahmenbedingungen eine Veränderung erlauben. NATO-Mitglieds- und Partnerstaaten verständigten sich auf eine Verlängerung ihrer finanziellen Unterstützung für die afghanischen Sicherheitskräfte bis 2024.

Während Ende Dezember 2018 Informationen publik wurden, laut denen die USA schnellstmöglich mit dem Abzug ihrer Truppen aus Afghanistan beginnen wollten, relativierte der amtierende US-Verteidigungsminister Shanahan dies bei einem Besuch in Kabul Mitte Februar 2019. Gleichzeitig verhandeln die USA, zuletzt bei einer sechstägigen Runde in Katar, bisher ohne Einbeziehung der afghanischen Regierung, mit den Taliban. Der US-Sondergesandte Khalilzad drückte die Hoffnung aus, dass noch vor der afghanischen Präsidentschaftswahl im Juli ein Abkommen mit den Taliban zustande kommen könnte. Der bisher vereinbarte Rahmen scheint im Wesentlichen zwei Elemente zu umfassen: den Abzug aller Truppen aus Afghanistan bei gleichzeitiger Garantie der Taliban für die Nicht-Rückkehr terroristischer Gruppen in das Land. Jedoch gibt es noch eine Vielzahl weiterer Themen, die vor Verabschiedung eines Abkommens dringend geklärt werden müssen. Fraglich ist, wie so eine Vereinbarung insbesondere mit Blick auf Rechtsstaatlichkeit, Pluralismus und Menschenrechte aussehen könnte und wie nachhaltig bzw. vertrauenswürdig eine entsprechende Garantie der Konfliktpartei Taliban sein könnte.

Mandat und Operationsweise

Die RSM trainiert, berät und unterstützt (*train, advise, assist*) die afghanischen Sicherheitskräfte sowie relevante Ministerien und Behörden in folgenden Bereichen: Mehrjahresplanung und Ressourcenausstattung, Transparenz-, Verantwortlichkeits- und Aufsichtstätigkeiten, zivile Kontrolle der afghanischen Sicherheitsinstitutionen, Rekrutierungs- und Truppenstellungsprozess, Strategie- und Policy-Planung sowie nachrichtendienstliche und strategische Kommunikation.

Neben den NATO-Mitgliedsstaaten beteiligen sich noch weitere Nationen als sogenannte operationelle Partner an dem Einsatz. Die RSM operiert mit einem Hauptstützpunkt als „Nabe“ (*hub*) in der Region Kabul/Bagram und vier „Speichen“ (*spokes*) in Mazar-e Sharif im Norden, Herat im Westen, Kandahar im Süden und Laghman im Osten. Derzeit beteiligen sich 39 truppenstellende Nationen an dem Einsatz

mit einer Gesamttruppenstärke von 16.919 Soldaten¹ ([Stand: Dezember 2018](#)), deren Befehlshaber seit 2018 General Austin Scott Miller (USA) ist. General Miller führt in Personalunion auch den US-Einsatz *Operation Freedom's Sentinel*, Nachfolger von *Operation Enduring Freedom*. Dieser soll die RSM unterstützen und führt Anti-Terrorismus-Maßnahmen der USA durch. Alleine im Januar 2019 haben die US-Truppen laut des *U.S. Forces Central Command* [369 Luftschläge](#) auf Regierungsgegner durchgeführt.

Deutsche Beteiligung

Deutschland beteiligt sich seit dem 1. Januar 2015 an der RSM und übernimmt als Rahmennation in Mazar-e Sharif eine besondere Verantwortung. Die Bundeswehr ist derzeit mit einem Einsatzkontingent von 1.199 Soldaten vertreten ([Stand: 4. Februar 2019](#)). Der deutsche Diplomat Cornelius Zimmermann ist bei der RSM als hoher Zivilbeauftragter für die zivil-militärische Kooperation und den Wiederaufbau verantwortlich. Der Deutsche Bundestag hat auf Antrag der Bundesregierung am 22. März 2018 die Verlängerung des Mandats bis zum 31. März 2019 beschlossen. Dabei wurde die Mandatsobergrenze von 980 auf 1.300 Soldaten angehoben. Des Weiteren wurde das Einsatzgebiet um den Raum Kundus erweitert. Die Bundeswehr stellt folgende Leistungen und militärische Fähigkeiten für die RSM bereit:

- Beratung, Ausbildung, und Unterstützung der afghanischen nationalen Sicherheitskräfte;
- Sicherung, Schutz und ggf. Evakuierung;
- Führung und Führungsunterstützung, inklusive Personal in Stäben und Hauptquartieren;
- militärisches Nachrichtenwesen sowie Aufklärung und Überwachung;
- sanitätsdienstliche Versorgung, inklusive Lufttransport von Verwundeten;
- logistische Unterstützung und zivil-militärische Zusammenarbeit, inklusive humanitärer Hilfs- und Unterstützungsdienste.

Ausblick

Die afghanischen Sicherheitskräfte, zu großen Teilen abhängig von internationalen Finanzhilfen, verzeichneten zuletzt einen personellen Rückgang und lagen im Oktober 2018 bei nur 87,7% der angestrebten Stärke von 352.000 Personen. Die Sicherheitslage in Afghanistan ist und bleibt extrem besorgniserregend. Laut [Bericht](#) des *Special Inspector General for Afghanistan Reconstruction* (SIGAR) an den US-Kongress vom Januar 2019 gingen von Januar bis Oktober 2018 18.295 Angriffe von der gegnerischen Seite (Taliban, der sog. Islamische Staat, weitere extremistische Gruppierungen) aus. Im Oktober des vergangenen Jahres waren 63,5% der Bevölkerung unter Regierungskontrolle, 10,8% unter der Macht von Aufständischen und 25,6% unter umkämpftem Status. Im Zeitraum von Januar bis Mitte November 2018 gab es laut RSM, ebenfalls im Bericht des SIGAR erwähnt, 8.260 zivile Opfer des Konflikts. Insbesondere bei Anschlägen sind die Opferzahlen immer wieder immens.

Zentral ist und bleibt der politische Prozess. Die afghanische Regierung unter Ashraf Ghani wurde demokratisch gewählt. Ihr gilt bis zum jetzigen Zeitpunkt internationale Unterstützung mit dem Ziel der Stabilisierung und Verhinderung des Entstehens von Rückzugsgebieten für Terroristen auf afghanischem Gebiet. Der Abzug der Truppen bzw. die Beendigung des Mandats für die RSM muss an Stabilität und das Erreichen von Benchmarks geknüpft werden, um die afghanischen Sicherheitskräfte in die Lage zu versetzen, selbst für Sicherheit zu sorgen. Ein verfrühter Abzug bzw. eine Nicht-Verlängerung des Mandats ohne politisch fundierte Exit-Strategie würde dazu führen, dass terroristische Bedrohungen anhalten oder sogar zunehmen. Auch die Anzahl Binnenvertriebener und Geflüchteter würde wieder deutlich ansteigen. Zudem würde die Verhandlungsposition gegenüber den Taliban massiv geschwächt. Insgesamt wären die signifikanten deutschen finanziellen, politischen und menschlichen Investitionen dann keinesfalls nachhaltig gewesen.

Dennoch müsste die Bundeswehr den eigenen Einsatz in Afghanistan prüfen, wenn ihre NATO-Bündnispartner abziehen. In diesem Fall wäre eine Fokussierung auf die aktive Begleitung des Friedensprozesses mit intensiver Beteiligung der afghanischen Regierung und unter Ägide der Vereinten Nationen eine realistische Option. Die *UN Assistance Mission for Afghanistan* (UNAMA), eine politische Mission, unterstützt Afghanistan seit 2002 beim Auf- und Ausbau von Strukturen, fördert die regionale Zusammenarbeit und unterstützt auch den Friedensprozess auf politischer Seite.

¹ Im Folgenden wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit ausschließlich die männliche Form verwendet. Es können dabei aber sowohl weibliche als auch männliche Personen gemeint sein.